

Stand: 20.04.2026 06:37:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/25757

"Kitas stärken, Kinder schützen: Umsetzung von Schutzkonzepten einfordern und fördern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/25757 vom 14.12.2022
2. Beschluss des Plenums 18/25784 vom 15.12.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 132 vom 15.12.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Kitas stärken, Kinder schützen: Umsetzung von Schutzkonzepten einfordern und fördern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass es eine zentrale Aufgabe der Kindertageseinrichtungen ist, auf den Schutz der ihnen anvertrauten Kinder besonders zu achten. Jede Kindertageseinrichtung hat deshalb gem. § 45 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 des Sozialgesetzbuchs (SGB) Achtes Buch (VIII) über ein Schutzkonzept zu verfügen. Dies ist offenbar stand heute nicht der Fall.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, die Einhaltung des § 45 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 SGB VIII insbesondere mit Blick auf die Entwicklung, Anwendung und Überprüfung eines Konzepts zum Schutz vor Gewalt in Kindertageseinrichtungen zu gewährleisten und hierzu folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Bei sämtlichen Aufsichtsbehörden in Bayern soll zeitnah abgefragt werden, wie viele Kindertageseinrichtungen über ein Schutzkonzept verfügen bzw. nicht verfügen und wie dieses in der Praxis umgesetzt wird. Hierbei sollen insbesondere die Gründe für Probleme bei der Erstellung und Umsetzung in den Blick genommen werden. Über die Ergebnisse der Abfrage soll dem Ausschuss für Arbeit, Soziales, Jugend und Familie umgehend berichtet werden.
2. Für die Erstellung der noch fehlenden Konzepte zum Schutz vor Gewalt in Kindertageseinrichtungen soll eine bayernweit einheitliche Frist festgelegt und sowohl den Aufsichtsbehörden als auch den Kitas zeitnah kommuniziert werden. Zudem soll vonseiten der Staatsregierung verbindlich definiert und klar zu kommuniziert werden, welche Themenkomplexe ein solches Schutzkonzept mindestens zu behandeln hat.
3. Die Entlastung des Personals ist die wichtigste Maßnahme, um überforderungsbedingten Kindeswohlgefährdungen vorzubeugen. Daher soll die massive Belastung des Kita-Personals endlich ernst genommen werden und in der Folge sollen grundlegende Verbesserungen betreffend den Personalschlüssel und die Basisfinanzierung der Kitas vorgesehen werden.
4. Die Personalausstattung der Jugendämter als örtliche Aufsichtsbehörden soll dahingehend zu erhöht werden, dass eine regelmäßige Überprüfung der Umsetzung der Schutzkonzepte in und mit den Kitas gewährleistet wird. Ein bayernweit einheitliches Verfahren zur Überprüfung der Schutzkonzepte soll sichergestellt werden.

Begründung:

Um körperlicher, seelischer und sexueller Gewalt in Kitas vorzubeugen, schreibt das SGB VIII seit Juni 2021 die Erstellung und Umsetzung von Gewaltschutzkonzepten in Kitas vor. Ein Bericht des Bayerischen Rundfunks vom 14.12.2022 deckt nun Schwachstellen in der Umsetzung in Bayern auf.¹ Der Artikel legt zudem nahe, dass die gestiegene Zahl der gemeldeten Grenzverletzungen unter anderem durch den akuten Personalmangel verstärkt worden sei. Den Jugendämtern fehle es demnach an klaren Vorgaben seitens der Staatsregierung, wie mit der Vorgabe für Schutzkonzepte umzugehen sei, bis wann diese erstellt sein müssen und welche Kontrollaufgaben die Jugendämter diesbezüglich zu erfüllen haben.²

Bereits die Anhörung zum Kinderschutz im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie am 18.06.2020 offenbarte deutliche Defizite im Bereich der Gewaltschutzkonzepte in bayerischen Kindertageseinrichtungen: Zahlreiche Einrichtungen haben entweder gar kein Schutzkonzept oder schaffen es zumindest nicht, dieses konkret umzusetzen. Die Zeit, um alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter regelmäßig anhand des Schutzkonzeptes für mögliche Warnzeichen bei den Kindern oder nötige Maßnahmen zu sensibilisieren, fehlt häufig. Der Grund hierfür liegt in den knappen personellen wie finanziellen Ressourcen, die im Gegensatz zu einer hohen Motivation zur Erarbeitung angemessener Schutzmaßnahmen stehen. Zudem führt der seit Jahren bestehende Personalmangel zu Überforderungssituationen, die im Hinblick auf den Kinderschutz besonders kritisch zu betrachten sind.

Als Erkenntnis aus der Anhörung forderte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Antrag vom 07.09.2020 Drs. 18/9633 die Staatsregierung auf, die Situation der Schutzkonzepte in den Kitas zu evaluieren, um Lücken im Kinderschutz aufzudecken und daran anschließend diese möglichst schnell schließen zu können. Diese Evaluation war mehrheitlich im Ausschuss nicht gewünscht.

Die Staatsregierung darf nicht länger die Augen verschließen vor dieser offensichtlichen Lücke im bayerischen Kinderschutz und muss dem Ausschuss für Arbeit, Soziales, Jugend und Familie umgehend, am besten in der ersten Sitzung des neuen Jahres, über die Ergebnisse der Abfrage berichten. Die Diskrepanzen zwischen Landratsämtern und dem Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales bezüglich einer Frist, bis zu derer die Schutzkonzepte vorzuliegen haben, ist zu klären. Die Jugendämter müssen besser ausgestattet werden, um die aktuellen Erkenntnislücken dauerhaft zu schließen, und brauchen eine klare Definition ihrer Kontrollaufgaben. Kitas müssen bei der Erstellung und Umsetzung von Schutzkonzepten besser unterstützt werden. Hierzu braucht es verbindliche Standards für Schutzkonzepte und mehr Zeit für das Kita-Personal, um diese auch konkret in die Umsetzung zu bringen. Zudem bedarf es endlich grundlegender Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in den Kitas und mehr staatlicher Investitionen in Qualitätsmaßnahmen.

¹ Vgl. Gürkov, Claudia; Hawranek, Christiane: Gewalt in Kitas: Zahl der Meldungen steigt stark an, abgerufen unter: <https://www.br.de/nachrichten/bayern/gewalt-in-kitas-zahl-der-meldungen-steigt-stark-an.TPu3dnT>, (Stand: 14.12.2022).

² Vgl. ebd.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/25757

**Kitas stärken, Kinder schützen:
Umsetzung von Schutzkonzepten einfordern und fördern**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Julika Sandt

Abg. Johannes Becher

Abg. Doris Rauscher

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Jan Schiffers

Abg. Thomas Huber

Abg. Susann Enders

Staatsministerin Ulrike Scharf

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe nun zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)

Kinder besser schützen - Schutzkonzepte in Kitas nach einheitlichen Standards sicherstellen (Drs. 18/25682)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kitas stärken, Kinder schützen: Umsetzung von Schutzkonzepten einfordern und fördern (Drs. 18/25757)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Ruth Müller u. a. und Fraktion (SPD)

Kitas als Schutzorte stärken - Personalsituation verbessern, Schutzkonzepte etablieren (Drs. 18/25758)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)

Kita-Schutzkonzepte - Angebote machen, statt bevormunden (Drs. 18/25759)

(Unruhe)

Bevor ich die gemeinsame Aussprache eröffne, bitte ich um etwas Ruhe. Gespräche bitte außerhalb des Plenarsaals führen! – Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile der Kollegin Julika Sandt von der FDP-Fraktion das Wort.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich bin davon überzeugt: Wer sich entscheidet, in einer Kita zu arbeiten, der tut das aus Überzeugung, weil er Kinder mag, weil er Kinder in ihrer Entwicklung fördern und unterstützen möchte, weil er Kindern Zuwendung geben möchte, auch weil Kinder im Schnitt vierhundertmal am Tag lachen, während ein Erwachsener vielleicht nur fünfzehnmal am Tag die Mundwinkel hebt. Ich bin davon überzeugt, unsere Kitafachkräfte leisten eine großartige Arbeit, und sie haben natürlich unseren Dank verdient.

(Beifall bei der FDP)

Aber die Bedingungen, unter denen sie arbeiten, sind inakzeptabel. Das zeigt die BR-Recherche, die in diesen Tagen veröffentlicht wurde: eine groß angelegte Umfrage bei den Aufsichtsbehörden und bei ganz vielen Kitafachkräften. Fast alle wollten anonym bleiben; denn sie hatten viel zu sagen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Von Lätzchenfixierung war da die Rede, dass der Teller mit dem Essen auf das Lätzchen gestellt wird, damit die Kinder sich beim Essen nicht bewegen können. Eine Kitafachkraft muss unter Tränen gesagt haben, dass sie keine Zeit hatte, das Kind zu füttern. Es gab die unterschiedlichsten Fälle, aber es gibt keine einheitliche Erfassung der Fälle.

Wir wissen, dass sich die Zahlen der Meldefälle in einem Jahr insgesamt weitestgehend verdoppelt haben. Das heißt, wir haben ein strukturelles Problem in diesem Bereich. Dieses Problem ist in hohem Maße hausgemacht. Der gravierende Personal-mangel in den Kitas, unter dem leiden die Fachkräfte; darunter leidet auch die Aufsicht. Im Übrigen haben auch die Aufsichten ein Problem, da sie total unterbesetzt sind. Aber eine Anfrage zum Plenum heute hat als Antwort erbracht: Wir wissen nichts; wir wollen auch nichts wissen, das ist Sache der Kommunen. Wir kümmern uns hier in dem Fall nicht um das Thema Kinderschutz.

Die Menschen sind verzweifelt. Es ist ein hausgemachter Personalmangel. Der Personalmangel ist ein Risikofaktor.

Sie machen auch keine klaren Ansagen. Was die Schutzkonzepte angeht, die laut Bundesgesetz vorliegen müssen, haben Sie keine richtig klaren Ansagen gemacht. Einerseits haben die Aufsichten mal irgendetwas gehört, dass es eine Frist bis zum Ende des Jahres geben soll – deswegen haben wir den Termin da reingeschrieben –, das wurde dann wieder dementiert. Keiner weiß, was die Frist ist. Keiner weiß, was die Standards sind. Es gibt einen Leitfaden, der gut, aber völlig unverbindlich ist. Keiner weiß, dass er sich eigentlich daran halten muss.

Sie machen sich damit schuldig, dass Sie diesen hausgemachten Personalmangel haben, nichts vorantreiben.

(Tobias Reiß (CSU): Ein bisschen langsam, ja!)

– Doch die Regierungsfraktion und die Regierung machen sich schuldig, indem sie nicht gehandelt haben.

(Tobias Reiß (CSU): Die Verantwortung liegt bei den Trägern!)

Dadurch gibt es hier in Bayern katastrophale Zustände, was das Personal, den Personalmangel und klare Ansagen von der Regierung betrifft.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Es gibt auch gar kein vernünftiges Meldeverfahren. Sie wissen gar nicht genau, was Sache ist; aber dass Sie es nicht wissen, ist ein Problem. Es gibt kein klares Monitoring, kein Meldeverfahren. Was passiert eigentlich bei einem Meldefall? Das alles wird nicht richtig untersucht.

Deswegen haben wir Liberale ein klares Konzept vorgelegt: Einmal haben wir, schon vor einiger Zeit, ein ganzes Antragspaket für eine Fachkräfteoffensive in den Kitas mit einer Fachkräftebedarfsanalyse und einem wirklich flächendeckenden Roll-out der

vergüteten Ausbildung eingebracht. Die Ausbildung muss refinanziert und auch von kleinen Trägern geleistet werden. Ausländische Abschlüsse müssen besser anerkannt werden. Das alles muss aber natürlich durch gute Arbeitsbedingungen in den Kitas begleitet werden. Heute haben wir den Dringlichkeitsantrag eingebracht, damit wir verbindliche Schutzkonzepte mit verbindlichen Fristen und verbindlichen Standards bekommen, wie es bundesgesetzlich sein sollte.

Kommen Sie raus aus dem Teufelskreis! Ich höre manchmal: Wir haben doch so einen Personalmangel, dann müssen wir die Personalschlüssel halt noch mal ausweiten, dann müssen wir die Standards noch weiter absenken. – Das führt aber doch wieder dazu, dass die Fachkräfte, gerade diejenigen, die unter der Situation besonders leiden, aus dem Job rausgehen. Die dürfen wir doch auf gar keinen Fall verlieren. Wir müssen raus aus dem Teufelskreis, rein in die Finanzierung einer guten frühkindlichen Bildung! Wir brauchen klare Standards, was zum Kinderschutz zu tun ist, klare Kontrollen und vor allen Dingen Beratung. Auch die Beratung ist viel zu schlecht ausgestattet.

(Beifall bei der FDP)

Wir stimmen dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN – der ist ähnlich wie unserer – zu. Der SPD-Dringlichkeitsantrag ist wachsw weich; da werden wir uns enthalten. Den Dringlichkeitsantrag der AfD werden wir selbstverständlich ablehnen; der ist handwerklich schlecht.

Bei unserem Antrag können wir gerne noch über die Frist verhandeln. Wenn da jetzt zu viel versäumt wurde, können wir gerne noch darüber reden, aber ansonsten sieht unser Antrag hier klare Konzepte vor. Stimmen Sie dem bitte zu – für den Schutz der Kinder in Bayern. Die Zahlen sind alarmierend.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Vor dem nächsten Redner gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Kein Wirtschaftswunder ohne ‚Gastarbeiter‘ – kein zukünftiger Wohlstand ohne Zuwanderung von Fachkräften!", Drucksache 18/25681, bekannt. Mit Ja haben 48, mit Nein 83 gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Ich rufe nun den nächsten Redner auf. Das ist der Kollege Johannes Becher vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! "Meine Kollegin schiebt einem Kind Kartoffeln in den Mund. Dabei hält sie die Hände fest und die Nase zu, damit das Kind schluckt." – "Ein Kind wird immer auf dem Klo eingesperrt, wenn es sich nicht benimmt." – Das sind nur zwei erschreckende Zitate aus einer aktuellen Recherche des Bayerischen Rundfunks.

Kinder haben ein Recht auf eine gewaltfreie Erziehung. Dieses Recht gilt nicht nur im Familienumfeld, sondern selbstverständlich und im Besonderen in den Kitas. Die Eltern und die Kinder vertrauen darauf, dass sie in der Kita gut aufgehoben sind, dass sie Fürsorge, Zuneigung, Stärkung des Selbstwertgefühls, Bildung und vieles Weitere erfahren. Viele Zigtausende Fach- und Ergänzungskräfte in den Kitas machen das täglich. Sie machen es wunderbar. Aber: Wo Menschen arbeiten, da passieren Fehler. Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass beim Kinderschutz hingeschaut wird, dass es Schutzkonzepte gibt, dass diese in der Praxis umgesetzt werden und dass die Arbeitsbedingungen Kindeswohlgefährdungen nahezu unmöglich machen. Das ist die Aufgabe, und hier sind wir offensichtlich noch lange nicht am Ziel. Die Situation muss sich dringend verbessern, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das größte Risiko beim Kindeswohl ist die Überforderung; das ist bei Eltern so, und es ist bei hauptamtlichem Personal nicht anders. Die erhebliche Belastung, der Personalmangel, die strukturelle Überforderung – das sind aus meiner Sicht die Hauptgründe für die Probleme. Hier muss die Staatsregierung endlich umdenken. Wir müssen investieren, statt zu experimentieren: keine größeren Gruppen, sondern kleinere, endlich bessere Personalschlüssel, die nicht nur in der Statistik gut ausschauen, sondern die man in der Arbeit am Kind in der Gruppe sieht und merkt. Wir brauchen mehr Geld für bessere Rahmenbedingungen statt Hunderte Millionen Euro für einkommensunabhängige Beitragszuschüsse. Das Sprach-Kita-Programm muss mit Landesmitteln endlich verlängert werden. Das ist zwingend notwendig für das gesamte Kita-System. Das kommt den Kindern und dem Kinderschutz zugute. Die Staatsregierung versagt da seit Jahren – das muss ich so deutlich sagen –,

(Widerspruch bei der CSU)

und es gibt keine Anzeichen der Besserung. Das ist doch das Problem, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was müssen die Kitas tun? – Sie müssen Schutzkonzepte erstellen; das ist seit 2021 Pflicht. Wir müssen von den Kitas, die das bisher nicht gemacht haben, die Erstellung der Schutzkonzepte einfordern. Das gehört dazu. Dafür braucht es bayernweit eine einheitliche Frist, bis zu der das erledigt ist. Bis zum 31.12., wie die FDP fordert, ist das unrealistisch. Ein solches Konzept wird nicht von heute auf morgen erstellt. Das ist ein Prozess. Wir brauchen das Personal und die Eltern dafür. Man sollte eigentlich auch die Kinder einbinden. Wir müssen realistisch bleiben, aber es muss eine angemessene Frist gesetzt werden, bis zu der alle ein Schutzkonzept haben müssen.

Wir wissen allerdings den aktuellen Ist-Stand gar nicht genau. Der BR hat mit zahlreichen Ämtern gesprochen und Daten erhoben. Wenn das so stimmt, dann fehlt noch viel mehr, als ich gemeint habe.

Im Jahr 2020 hatten wir eine Anhörung zum Thema Gewaltschutz. Damals haben wir über genau dieses Thema schon gesprochen. Wir hatten danach einen Antrag im Sozialausschuss. Wir haben gesagt: Lasst uns die Situation bei den Kitas anschauen. – Die Mehrheit wollte das nicht haben. Jetzt haben wir diese Berichterstattung und kein klares Lagebild. Ich glaube, es ist jetzt notwendig, unverzüglich bei den Jugendämtern abzufragen, wie viele Kitas kein Schutzkonzept haben, warum sie noch keines haben, wann sie es realistischerweise erstellen könnten, wie viele Aufsichtsbehörden überfordert sind, wie viele Stellen fehlen und wie die Aufsicht verfährt, wenn dauerhaft keine Schutzkonzepte vorhanden sind. – Das sind Datengrundlagen, die jetzt erhoben und dem Ausschuss unverzüglich berichtet werden müssen.

Allerdings, meine Damen und Herren, können wir super ausgestattete Aufsichtsbehörden haben, wir können tolle Schutzkonzepte haben und wunderbare partizipative Prinzipien – wenn das Personal sie wegen Überlastung in der Praxis am Ende nicht umsetzen kann, hilft uns das gar nichts. "Ich kann die beste Pädagogin sein, wenn ich am Ende mit zwanzig oder dreißig Kindern alleine in der Gruppe stehe", sagt eine Erzieherin. Das ist leider viel zu oft so. Das ist der wahre Grund für die Probleme. Deswegen sage ich, am Kita-System muss sich grundsätzlich etwas ändern. Wir GRÜNE wollen das, ganz klar. Das ist der deutliche Unterschied zu dem, was CSU, FREIE WÄHLER und das Sozialministerium derzeit machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Der nächste Redebeitrag kommt von der Kollegin Doris Rauscher, SPD-Fraktion.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kinder sind unser höchstes Gut. Sie haben das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Recht auf ein gewaltfreies Aufwachsen und das Recht auf Schutz vor jeglicher Form von Übergriffen und Gewalt. Diese Kinderrechte sind besonders an den Orten zu achten und umzusetzen, an denen Kinder viel Zeit

verbringen, zum Beispiel in einer Kita. Einrichtungsbezogene Schutzkonzepte sind dabei ein wichtiges Mittel. Sie helfen den Kita-Teams, für das Thema zu sensibilisieren, schützen die Kinder in den verschiedenen Alltagssituationen und helfen den Teams, richtig zu reagieren, wenn es einen Vorfall gibt oder der Verdacht auf Kindeswohlgefährdung besteht.

Der BR hat gemeldet, dass das gesetzlich vorgeschriebene Schutzkonzept erst von 40 % der Kitas erarbeitet wurde. Das ist zum heutigen Zeitpunkt tatsächlich eine sehr niedrige Zahl. Die FDP will den Kitas nun aber die Pistole auf die Brust setzen, genauso wie die Staatsregierung, die den Entzug der Betriebserlaubnis ab Januar angedroht hat, sollte kein Konzept vorgelegt werden. –Kolleginnen und Kollegen, das mag auf den ersten Blick bezüglich des wichtigen Themas Kinderschutz gut gemeint sein. Es ist aber viel zu kurz gedacht; denn für wirklich guten Kinderschutz braucht es eben mehr als ein Konzept auf Papier. Für echten Kinderschutz braucht es für die Kitas mehr Unterstützung bei der Etablierung guter, wichtiger Mechanismen, zum Beispiel durch ein Musterkonzept mit verbindlichen Standards als Arbeitsgrundlage, das dann um einrichtungsbezogene Aspekte ergänzt wird. Auch braucht es mehr Zeit im Arbeitsalltag, um gute Konzepte unter Beteiligung aller zu entwickeln. Wir brauchen deshalb auch wieder mehr Teamfortbildungstage. Ich möchte daran erinnern: Die wurden von fünf auf drei zurückgestrichen. Das war ein falsches Signal an die Praxis. Wann sollen sie solche Konzepte denn entwickeln, Kolleginnen und Kollegen?

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen auch eine verbindliche und verlässliche Refinanzierung auf der Grundlage des BayKiBiG auch für Teamzeiten.

(Beifall bei der SPD)

Sie können sich diese zusätzlichen Arbeiten ja nicht aus den Rippen schneiden. Wir brauchen zu diesem Thema mehr Wissen durch mehr Fortbildungsangebote und eine Verankerung dieses sensiblen Themas bereits in der Ausbildung.

Außerdem brauchen wir in den Kitas bessere Rahmenbedingungen; denn klar ist: Unter Druck und Stress kann einfach keine gute Pädagogik mehr am Kind geleistet werden.

(Beifall bei der SPD)

Umfragen zeigen, dass sich die Kindeswohlgefährdung bei angespannter Personalsituation erhöht. Da müssen bei uns doch alle Alarmglocken läuten.

Es reicht also nicht, immer auf bisherige Maßnahmen zu verweisen, sondern wir müssen wirklich mehr Anstrengungen unternehmen. Mit ausreichendem und gut qualifiziertem Personal wird Kinderschutz dann eben auch gelebt. Dann existiert er eben auch nicht nur auf dem Papier.

Viertens. Wir brauchen auch mehr Personal in den Jugendämtern. Das haben wir auch schon öfter zum Thema gemacht. Auch hier muss was passieren, damit dann, wenn Kindeswohlgefährdungen gemeldet werden, dem am Ende auch nachgegangen werden kann. Das ist auch nicht immer der Fall. Also, auch das dürfen wir als Aufsichtsbehörde natürlich nicht aus dem Blick verlieren. Wir haben schon lang einen Missbrauchsbeauftragten für Bayern gefordert. Auch das wäre in dem Zusammenhang noch mal wichtig.

Dieser Vierklang, den wir als SPD-Fraktion fordern, würde für ein gutes Fundament sorgen, um im Bereich Kinderschutz in Kitas wirklich etwas zu tun.

Beim FDP-Antrag werden wir uns enthalten. Die Richtung stimmt, die Details, liebe Kollegin, stimmen aus unserer Sicht nicht. Bei den GRÜNEN stimmen wir zu. Den AfD-Antrag lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Rauscher. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Schiffers für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Jan Schiffers (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! Der vorliegende Dringlichkeitsantrag der FDP lässt einen einigermaßen ratlos zurück. Selbstverständlich ist das ein extrem wichtiges Thema. Doch insgesamt ist der vorliegende Antrag einfach nur als verkorkst zu bezeichnen.

Es steht völlig außer Frage, dass Kinderschutz in den Kitas ein extrem wichtiges Thema ist. Die Beispiele, die hier genannt und auch in der Berichterstattung des BR aufgegriffen worden sind, sind schockierend. So etwas darf sich in Kitas in Bayern einfach nicht zutragen. Deshalb ist hier auch durchaus Handlungsbedarf gegeben.

Dennoch ist festzuhalten: Die Forderungen, die die FDP hier stellt, sind gar nicht realisierbar; denken wir hier einfach nur an die Frist 31. Dezember 2022. Ein Blick in den Kalender genügt, um festzustellen, dass das einfach nur realitätsfern ist.

Generell ist zu sagen: Schutzkonzepte sind sicherlich auch ein wichtiger Baustein, die Probleme liegen aber ganz woanders. Das Hauptproblem ist doch der Personalmangel. Meiner Meinung nach rächt sich hier möglicherweise auch, dass der Kita-Ausbau in den vergangenen Jahren geradezu auf Teufel komm raus vorangetrieben und oftmals auf Quantität statt auf Qualität gesetzt wurde.

Wie sind für die Fachkräfte denn die Arbeitsbedingungen in den Kindertagesstätten? – Wir haben hier zwei Jahre vollkommen verfehlter Corona-Maßnahmen-Politik hinter uns. Wir haben in den Kitas – wie es immer so schön heißt – heterogene Gruppen. Die Struktur hat sich verändert. Es ist für die Fachkräfte also wirklich Stress ohne Ende. Wir müssen an dieses Problem ran.

Es bringt wenig, irgendwelche Konzepte von oben herab zu verordnen. Unser Ansatz ist da ein anderer: Wir möchten die Kindertagesstätten unterstützen und begleiten, statt hier etwas von oben nach unten durchzudrücken. Weiterhin sind wir ganz klar der

Meinung: Wir brauchen Qualität statt Quantität. Ein Kita-Ausbau ohne Rücksicht auf Verluste ist hier der falsche Weg.

Unbehelflich ist auch die Forderung nach einer Studie, die die FDP in ihrem Antrag erhebt. Es liegt auf der Hand, dass Personalmangel das Hauptproblem ist. Da nutzt auch das beste Schutzkonzept nichts. Wir müssen einfach dieses Grundproblem beheben.

Unterm Strich ist zu sagen: Der FDP-Antrag ist unbehelflich. Das ist Aktionismus. Es wird ein zugegebenermaßen wichtiges Thema aufgegriffen, die erhobenen Forderungen sind aber einfach unbehelflich und untauglich. Wir werden den Antrag und auch die nachgezogenen Dringlichkeitsanträge hierzu deshalb ablehnen. Wir setzen hier auf Begleitung statt auf Verordnung. Ich bitte deshalb um Zustimmung zu unserem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Thomas Huber für die CSU-Fraktion.

Thomas Huber (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich bin der Überzeugung, dass der Schutz unserer Kinder für alle demokratischen Parteien hier im Hohen Haus oberste Priorität hat. Liebe Kollegin Sandt, aber pauschale Unterstellungen, wie von Ihnen genannt, bringen uns nicht weiter; sie sind unsäglich, sie sind unfair und polemisch. Skandalisierungen lösen nicht das Problem.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage ganz klar: Jeder einzelne Fall von Kindeswohlgefährdung, Missbrauch oder Vernachlässigung ist ein Fall zu viel. Wir brauchen hier eine Nulltoleranzstrategie; denn Kinder sind das Wertvollste, was wir haben. Kinder sind unsere Zukunft. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen sie deshalb auch bestmöglich schützen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Als Vater weiß ich selber, welche Sorgen Eltern haben. Umso wichtiger ist es, dass insbesondere unsere Kindertageseinrichtungen ein Ort sind, an dem unsere Kinder sicher sind.

Die aktuellen Berichte über Verdachtsfälle aus der Praxis, die der Bayerische Rundfunk veröffentlicht hat, sind auch für mich und für uns alle erschreckend. Wir müssen hier ganz genau hinschauen, aufklären und hoffen, dass es bei Verdachtsfällen bleibt und keine konkreten Fälle daraus werden. Wenn es von staatlicher Seite Möglichkeiten gibt, unsere vielfältigen Schutzmaßnahmen weiter zu verbessern, dann müssen wir schnellstmöglich und vor allem adäquat aktiv werden. Wir dürfen aber nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Wir müssen das Problem an der Wurzel packen und dürfen nicht noch mehr Bürokratie schaffen und nur irgendwelche Studien einfordern.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich bin der Überzeugung: Der Kinderschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe. Wir dürfen hier in unseren Bemühungen auch nicht nachlassen.

Ich bin der Bayerischen Staatsregierung und insbesondere unserer Familienministerin Ulrike Scharf dankbar, dass sie den Kinderschutz immer im Fokus hat. Vor allem angesichts des eigentlichen Problems, des Fachkräftemangels in der Kindertagesbetreuung, ist Kinderschutz wichtiger denn je. Ich denke, die Frau Ministerin wird das Ganze zu diesem Bereich noch selber ausführen.

Wir dürfen nicht vergessen: Kinder- und Jugendhilfe wird von den Landkreisen und kreisfreien Städten im eigenen Wirkungskreis umgesetzt. Herr Kollege Becher, es ist vollkommen richtig: Die Bayerische Staatsregierung unterstützt die Kommunen mit vielfältigen Angeboten, mit Förderprogrammen und mit Maßnahmen von präventiven frühen Hilfen bis hin zum konsequenten Vollzug des staatlichen Wächteramts.

Bereits jetzt ergibt sich aus dem Achten Buch des SGB das Erfordernis eines Schutzkonzepts. Zum Beispiel braucht ein Träger eine Betriebserlaubnis, bevor er eine Kindertageseinrichtung eröffnet. Bei diesem Verfahren wird genau geprüft, ob das Kindes-

wohl in wirklich jeder Hinsicht gewahrt ist. Sinn und Zweck der Betriebserlaubnis ist es ja, Gefährdungen der Kinder vorzubeugen. Das trifft natürlich auch auf die aufsichtlichen Einrichtungsbegehungen zu, die dann regelmäßig stattfinden. Die Träger und die Einrichtungsleitung stehen in der Verantwortung, gesetzliche Vorgaben, die es ja gibt, umzusetzen, deren Einhaltung immer wieder zu überwachen und aufgedeckten Gefahren früh und rechtzeitig zu begegnen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, in allen Regierungen bzw. in allen Landkreisen und kreisfreien Städten gibt es eine Fachaufsicht für die Kindertageseinrichtungen. Deren wichtigste Aufgabe ist die Wahrung des Kindeswohls. In Fällen einer Kindeswohlgefährdung arbeiten unser Familienministerium, die Kindertageseinrichtungen und die Sicherheitsbehörden selbstverständlich engstens zusammen. Die Erfahrungen zeigen auch, dass die Träger der Einrichtungen und die Leitungen vor Ort im Verdachtsfall sehr besonnen und transparent agieren; denn alle haben das Ziel, die Sicherheit der Kinder zu gewährleisten.

Ungeachtet dessen gilt auch für die Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen die allgemeine Empfehlung, verdächtige Vorkommnisse ernst zu nehmen und im Zweifelsfall die Sicherheitsbehörden zu verständigen. Aber leider verhindern selbst diese Maßnahmen nicht immer gänzlich, dass es auch im Kinderbetreuungsbereich wie überall schwarze Schafe gibt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich möchte ganz deutlich sagen: Kinderschutz ist enorm wichtig. Wir müssen alles tun, um eine sichere Umgebung für unsere Kinder zu schaffen. Sowohl der Dringlichkeitsantrag der FDP als auch die Nachzieher erwecken aus meiner Sicht eher den Eindruck, als hätten unsere Kitas keine Ahnung, als stünden Kindeswohlgefährdungen und Vernachlässigung auf der Tagesordnung. Diesen Eindruck möchte ich heute in aller Deutlichkeit zurückweisen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Aus unzähligen Gesprächen mit Eltern und Erzieherinnen und Erziehern, aber auch mit Trägern weiß ich, dass die allermeisten Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen einen ganz hervorragenden Job machen. Sie sind verantwortungsvoll. Sie kümmern sich liebevoll um unsere Kleinsten und ermöglichen eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung.

Wir sehen einen entscheidenden Ansatzpunkt vielmehr – das ist heute richtigerweise auch angesprochen worden und ist dem einen oder anderen Dringlichkeitsantrag zu entnehmen – beim Personal. Das kam übrigens auch bei der Umfrage des BR heraus. Personalmangel wird als Risikofaktor für verletzendes Verhalten gesehen. Wenn es uns aber gelingt, wieder mehr Fachkräfte für die Kinderbetreuung zu gewinnen und die Einrichtungen mit ausreichend Personal zu versorgen, verbessert das sicher auch die Situation und die Schutzmöglichkeiten für unsere Kinder. Das wird aber nicht über Nacht geschehen. Das wissen wir alle.

Dennoch: Wir arbeiten daran, beispielsweise indem wir die Ausbildung zum Kinderpfleger attraktiver gestalten wollen in Ergänzung zur bereits erfolgten Modernisierung der Erzieherinnenausbildung. Ich darf hierzu auf unseren gemeinsamen Dringlichkeitsantrag von FREIEN WÄHLERN und CSU verweisen, der von der Kollegin noch näher ausgeführt werden wird.

Den Dringlichkeitsantrag der FDP lehnen wir wie die Nachzieher ab, weil Sie damit das gesamte pädagogische Personal unter Generalverdacht stellen, und zwar zu Unrecht. Zudem schlagen Sie von der FDP Maßnahmen vor, die noch mehr Bürokratie für die Einrichtungen bedeuten würden. Den Schutz unserer Kinder, liebe Kollegin Sandt, würden wir dadurch aber nicht verbessern. Das muss aber unser aller Ziel sein. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

Es ist selbstverständlich, dass die Ministerin den im zweiten Abschnitt des SPD-Dringlichkeitsantrags geforderten Bericht aufgrund dieser Vorfälle im Sozialausschuss ab-

geben wird. Das ist für uns notwendig und selbstverständlich. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Huber. – Es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor, die erste von Frau Kollegin Julika Sandt, FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Herr Kollege, wie können Sie die BR-Recherchen so selbstgefällig ignorieren? Sie sagen, wir haben die Fachaufsichten. – Der BR hat bei 76 Aufsichtsstellen angefragt, 59 haben geantwortet. Davon wollten 50 anonym bleiben. 31 haben gesagt, sie haben nicht mal eine Vollzeitstelle für die Aufsicht. Die Aufsichtsbehörden haben faktisch selber gesagt, dass sie völlig unterbesetzt sind. – Sie sagen: Wir haben die Fachaufsicht, alles gut.

Die Daten werden nicht einheitlich erfasst. Die fragen zum Beispiel, ob vielleicht Kinder untereinander übergriffig wurden, ob es die Erzieher waren, oder ob die Aufsichtspflicht vernachlässigt ist usw. Da gibt es keine einheitliche Erfassung, das fehlt. Das ist ein strukturelles Problem. Das ist auch keine Bürokratie für die Kitas, sondern das müssten die Aufsichtsbehörden machen. Es muss Beratung geben, und es muss Kontrollen der Schutzkonzepte geben. Oft werden Schutzkonzepte überhaupt nicht kontrolliert, und es gibt kein Monitoring. Einige Aufsichten wussten nicht mal, dass sie die Schutzkonzepte kontrollieren müssen. Nur ganz wenige haben gesagt, sie haben das schon erfüllt.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Sandt.

Julika Sandt (FDP): Von daher fehlt da die klare Ansage von oben.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön. – Herr Huber, bitte.

Thomas Huber (CSU): Ich fange mit dem ersten Punkt zum Thema Schutzkonzept an. Das Erfordernis eines Schutzkonzepts ergibt sich unmittelbar aus § 45 Absatz 2 Satz 2 des SGB VIII. Ich denke, wir brauchen in Bayern nicht noch eine Regelung über die Umsetzung von Schutzkonzepten zu schaffen. Das ist ganz klar bundesgesetzlich geregelt.

Auf die Betriebserlaubnis habe ich vorher hingewiesen. Auf den Personalmangel habe ich auch hingewiesen. Aber das ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Wir haben doch nicht nur in diesem Bereich Fachkräftemangel. Wir haben ihn momentan überall. Wir haben nicht nur Fachkräftemangel, sondern generell einen Arbeitskräftemangel. Es ist doch selbstverständlich, dass wir alle Möglichkeiten nutzen müssen, die Rahmenbedingungen dahin gehend zu verbessern, mehr Personal in die Kitas zu bringen.

(Zuruf der Abgeordneten Julika Sandt (FDP))

Die Bemühungen liegen doch auf der Hand. In unserem später noch zu beratenden Dringlichkeitsantrag von CSU und FREIEN WÄHLERN wird das ganz deutlich.

Im Übrigen kann man nach der BR-Recherche eines festhalten: Das Meldewesen funktioniert. Sonst hätten wir nicht die Rückmeldungen, dass bis Anfang Dezember 232 Verdachtsfälle gemeldet wurden.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Huber, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Thomas Huber (CSU): Im letzten Jahr waren es im Vergleich dazu noch 129 Verdachtsfälle. Aber es sind keine konkreten Fälle, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sondern Verdachtsfälle, denen man nachgehen muss und die aufgeklärt und dann entsprechend geahndet werden müssen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Kollege Huber. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Johannes Becher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Kollege Huber, zum Ersten: Ich weise es zurück, dass unser Antrag die Kitas oder Kitapersonal unter Generalverdacht stellt. Das kann man aus unserem Antrag

(Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Aus Ihren Ausführungen! – Weitere Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

und auch aus meinem Redebeitrag in keiner Weise herauslesen – auch wenn es bei den FREIEN WÄHLERN Unruhe gibt. Aber Sie kommen ja gleich noch dran. Da bin gespannt, was Sie zur Lösung beizutragen haben.

Das Zweite, zum Thema Schutzkonzepte: Klar, es gibt die Verknüpfung mit der Betriebserlaubnis. Aber das gilt bei der Neuerteilung der Betriebserlaubnis. Viele haben schon eine Betriebserlaubnis. Dann ist die Frage: Wann können die ihr Schutzkonzept erstellen? Was muss es beinhalten? Da haben wir ein Problem in der Definition. Ein Problem ist zudem, dass wir keinen einheitlichen Vollzug bei der Geschichte haben. Dazu noch die Nachfrage: Was wäre da jetzt eigentlich zu tun?

Das Dritte ist der Personalmangel. Das ist richtig angesprochen worden. Die dringend notwendige Entlastung wäre ein wichtiges Gebot. Was ist ganz konkret geplant, um das Personal zu entlasten? Bisher kann ich da keine weiteren neuen Maßnahmen erkennen, die aber zwingend notwendig wären.

Thomas Huber (CSU): Herr Kollege, lesen Sie bitte die Anträge, dann sehen Sie, dass man zwischen den Zeilen sowie aus den Ausführungen meiner Vorredner durchaus entnehmen kann, dass man als betroffene Fachkraft unter Generalverdacht gestellt wird.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das meine ich nicht!)

Ich weise auf das Schärfste die Behauptung zurück, dass wir unser Fachpersonal vor Ort pauschal unter Verdacht nehmen. Die tun wirklich, was sie tun können, zum Wohle unserer Kinder – das zum Ersten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Zweiten: Da kommt es auch auf das Wording an. Manch ein Redner, der hier vorne steht, verwechselt manchmal den Text, den er geschrieben hat, mit dem, was er in der Aussprache bringt.

Zum Dritten, zum Thema "Kein einheitlicher Vollzug": Da würde ich Ihnen folgenden Tipp geben: Das sind bundesrechtliche Normierungen, aus denen das Erfordernis eines Schutzkonzeptes hervorgeht. Das SGB VIII ist ein Bundesgesetz. Setzen Sie sich bitte da ran. Setzen Sie sich in den Ampel-Parteien dafür ein. Normieren Sie dieses Gesetz und überarbeiten Sie es, –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Huber, Ihre Redezeit wäre zu Ende.

Thomas Huber (CSU): – damit es in den Einrichtungen einheitlich und standardisiert umgesetzt wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Huber. – Nächste Rednerin ist die Frau Kollegin Susann Enders für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Beim Thema Kinderschutz müssen wir stets aufmerksam bleiben. Wir haben als Politik und als Staatsregierung aufgrund unserer Fürsorgepflicht die obersten Regularien für Schutz und Sicherheit zu gewährleisten. Umso erschreckender ist es, wenn der BR in seiner Meldung gestern über Gewalt in KITAS berichtet. Natürlich lassen uns alle solche Informationen nicht kalt.

Umso mehr gilt es auch für uns als Regierungsfractionen, den Blick darauf zu richten, was eine Staatsregierung hier zu leisten hat. Der Freistaat hat bereits 2021 einrich-

tungsbezogene Schutzkonzepte im Sozialgesetzbuch mit etabliert. Es entsetzt mich dennoch, wenn Gewalt an Kindern nicht ganz verhindert werden kann. Das Thema Kinderschutz ist stets in unserem Fokus, auch ohne derartige Meldungen und auch ohne Ihre Dringlichkeitsanträge; das ist klar. Umso sensibler gehen wir damit jetzt, in Zeiten des Fachkräftemangels um; denn die Einrichtungen und die Aufsichtsbehörden sind nachdrücklich sensibilisiert.

Wir haben als Freistaat eine klare Linie, die Konzepte stehen bereits in der Umsetzung. Es ist vorgeschrieben, dass ein Träger, bevor er eine Kindertageseinrichtung eröffnen darf, eine Betriebserlaubnis braucht. Bei diesem Verfahren wird genau geprüft, ob das Kindeswohl in jeder Hinsicht gewahrt ist. Sinn und Zweck der Betriebserlaubnis und auch der späteren Einrichtungsbegehung ist es – Sie haben es eben schon vom Kollegen Huber gehört –, Gefährdungen der Kinder vorzubeugen. Der Träger und die Einrichtungsleitung stehen in der Verantwortung, gesetzliche Vorgaben umzusetzen, zu überwachen und Gefahren früh- und rechtzeitig zu begegnen. Wenn das, wie in aktuell diskutierten vereinzelt Fällen – und ich betone noch einmal: vereinzelt Fällen – nicht klappt, muss das Problem unverzüglich vor Ort geregelt werden. Als Fraktion der FREIEN WÄHLER dulden wir noch nicht einmal Ansätze von Kindesgefährdung. Wir dulden aber ebenso wenig, dass eine einzige Berufsgruppe herausgenommen und hier an die Wand gestellt wird. Dagegen wehre ich mich ganz massiv.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Kinder- und Jugendhilfe wird von den Landkreisen und den kreisfreien Städten im eigenen Wirkungskreis umgesetzt. Die Bayerische Staatsregierung unterstützt mit vielfältigen Angeboten, mit Förderprogrammen und mit Maßnahmen von präventiven Hilfen bis hin zum konsequenten Vollzug des staatlichen Wächteramtes.

So furchtbar das Thema auch ist, im Antrag wird pauschalisiert. Ich möchte hier nachdrücklich feststellen. Die allermeisten Kitas, Einrichtungen und Erzieherinnen und Erzieher machen einen super Job, meine Damen und Herren. Da gibt es nichts dran zu

rütteln. Ausnahmen gibt es leider, und das betone ich, wie in jeder Branche. Diese gilt es inklusive der Ursachen zu selektieren. Viele Träger und Verbände halten unterstützende Handreichungen und Leitfäden für ihre Einrichtungen vor. Das Vorgehen im Ernstfall ist bekannt. Insgesamt ist ein Mehrwert Ihres Dringlichkeitsantrags nicht zu erkennen, obgleich dem Antrag die Bedeutung in der Sache zugerechnet werden muss.

Ich bitte um Ablehnung des Antrags und der nachgezogenen Anträge. Auf unseren Antrag zum Thema Ausbildung zur Kinderpflegerin gehe ich ein, wenn er aufgerufen wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Enders. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Ulrike Scharf das Wort.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jeder und jedem von uns zerreißt es das Herz, wenn Kindern Gewalt angetan wird. Ich bin selbst Mutter und kenne dieses Gefühl, wenn man sein Kind in die Betreuung gibt, sei es zum Sport, zum Musikunterricht oder auch in die Kita. Jeder Vater und jede Mutter muss sich darauf verlassen können, dass Kitas ein Schutzraum für unsere Kinder sind. Für mich sind Kitas Orte des Vertrauens.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe zu Beginn meiner Amtszeit darauf gedrängt, dass die Jugendämter die vorgeschriebenen Schutzkonzepte einfordern und diese auch kontrollieren. Mein Ministerium hat einen umfassenden, sehr guten Leitfaden entwickelt und Online-Schulungen angeboten, um die Kitas bei der Erstellung dieses Schutzkonzeptes zu unterstützen.

Mir ist aber auch wichtig, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ein Schutzkonzept, das auf dem Papier steht, nützt nichts, wenn dieses Schutzkonzept nicht gelebt wird. Ein Schutzkonzept muss gelebt werden, deshalb auch die Einrichtungsbezogenheit. Es

braucht eine Kultur der Achtsamkeit und des Hinschauens. Ich kann an alle Beteiligten nur appellieren: an alle Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Kitaleitungen, aber auch an die Träger als Arbeitgeber, diese Kultur jeden Tag zu leben. Der Schutz des Kindes ist allererste Aufgabe.

Fakt ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben 110.000 hoch motivierte und qualifizierte Kräfte in unseren Kitas. Wir haben über 10.000 Kitas in Bayern. Hier wird verantwortungsvoll und vor allem mit ganz viel Herzblut mit unseren Kindern gearbeitet. Mein herzlicher Dank gilt allen Beschäftigten in unseren Kitas für die wertvolle Arbeit, die sie Tag für Tag leisten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fakt ist auch: Wer eine Kita betreiben will, braucht eine Betriebserlaubnis, die durch das Jugendamt erteilt wird. Wesentlicher Bestandteil dieser Betriebserlaubnis ist das einrichtungsbezogene Schutzkonzept. Kindeswohl ist der Maßstab für diese Betriebserlaubnis. Der Bundesgesetzgeber hat hier noch einmal konkretisiert. Deshalb hat mein Ministerium zu Beginn dieses Jahres darauf gedrängt: Die Jugendämter müssen genauer hinschauen, und vor allen Dingen müssen die Kitas diese Schutzkonzepte umsetzen. Neben den Schutzkonzepten ist für mich die Präventionsarbeit ganz wesentlich, und zwar so, wie sie auch in unserem Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplan fest verankert ist. Im Übrigen spielt die Prävention auch eine wesentliche Rolle bei der Erzieherinnenausbildung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Fachkräftemangel ist in allen Bereichen ein großes Problem, eine große Herausforderung. Wir haben im Ministerium ein Bündnis für frühkindliche Bildung, das sich regelmäßig trifft und das entscheidende Maßnahmen auf den Weg gebracht hat, die im Übrigen auch wirken. Ich nenne hier nur den Aufwuchs der Beschäftigten in den Kitas, die in den letzten zehn Jahren um über 70 % angestiegen ist, von 64.000 auf 110.000 Beschäftigte. Ich nenne hier die Modernisierung der klassischen Erzieherinnenausbildung. Ich nenne aber auch die große Offensive für die

Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger, Weiterbildung, Fortbildung und Qualifizierung unserer Beschäftigten. Dass die Arbeit unseres Bündnisses wirkt, zeigt sich übrigens auch ganz klar an den Zahlen des Anstellungsschlüssels, der sich jedes Jahr verbessert. In unserem BayKiBiG – Bayerisches Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz – steht 1 : 11. Im Moment sind wir bei 1 : 9,16. Es wird kontinuierlich jedes Jahr etwas besser.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe FDP, es ist die wichtige Aufgabe der Opposition, konstruktiv Kritik zu üben und Vorschläge zu machen. Mit solchen Anträgen verunsichern Sie aber die Eltern und entwerten die großartige Arbeit in unseren Kitas, die großartige Arbeit von 110.000 beschäftigten Menschen in unseren Kitas. Noch viel schlimmer aber ist: Mit solchen Anträgen verunsichern Sie nicht nur, sondern Sie spalten auch unsere Demokratie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Julika Sandt (FDP): Das trifft doch nicht zu! – Unruhe bei der FDP)

Unser Land und unsere Demokratie stehen angesichts der Mehrfachkrisen vor schweren Monaten. Ich appelliere ganz klar an Sie, die Sie auch in Berlin Verantwortung übernehmen: Helfen Sie mit, Vertrauen zu stärken! Helfen Sie mit, den politischen Wettbewerb sachlich zu gestalten!

(Matthias Fischbach (FDP): Dazu muss man Probleme auch anerkennen, Frau Ministerin!)

Helfen Sie als Demokraten mit, dass wir vermitteln können! Wir wollen nichts schlechtreden, sondern es geht uns um Land und Leute. Es geht uns um die Menschen. Ich verstehe meine Aufgabe so, und ich bin auch dankbar für jeden Verbesserungsvorschlag. Hören Sie aber bitte auf, ein ganzes Berufsbild und 10.000 Orte des Vertrauens

(Julika Sandt (FDP): Und was ist mit dem Bericht des Bayerischen Rundfunks?)

immer nur schlechtzureden. Die Anträge sind abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Unruhe bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Es liegen zwei Wortmeldungen zu Zwischenbemerkungen vor: zunächst Frau Kollegin Doris Rauscher von der SPD. Bitte.

Doris Rauscher (SPD): Frau Ministerin, ich bin mir jetzt nicht ganz sicher, aber ich glaube, Sie haben sich nicht nur auf den Antrag der FDP bezogen, für den ich keine Verantwortung trage. Ich glaube, Sie haben "die Opposition" gesagt, und deswegen fühle ich mich mit angesprochen. Ihre Äußerung, dass wir mit diesen Anträgen verunsichern und spalten würden, möchte ich aufs Schärfste zurückweisen. Ich glaube, es kommt auch viel Verständnis vonseiten der Praxis. Bei diesem Thema geht es nämlich nicht immer nur – wie formuliert man das richtig – um gewaltvolle oder sexuelle Übergriffe, sondern es geht auch um Alltagsgewalt. Da ist keine Zeit, um in Ruhe zu wickeln, keine Zeit, um Krippenkindern das Essen in Ruhe einzugeben. Da ist kein achtsamer Umgang mit den Signalen von Kleinkindern. Das wird auch aus der Praxis bestätigt. Das möchte ich einfach noch erwähnen, weil uns hier unterstellt wurde, wir würden ein ganzes Berufsfeld schlechtreden und wir würden verunsichern. Das stimmt nicht, und es war mir wichtig, das zu sagen, nachdem Sie als Ministerin das hier so in Worte kleiden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Liebe Frau Kollegin, danke für die Nachfrage. Das gibt mir Gelegenheit, noch etwas klarzustellen. Ich weiß nicht, woher Sie die Behauptung haben, die Teamtage seien von fünf auf drei verkürzt worden. So stimmt das nicht, es sind bis zu fünf Teamtage möglich. So viel dazu.

Sie haben vollkommen recht, jeder einzelne Fall, der geschieht, ist einer zu viel. Von den Verdachtsfällen, die nun über diese "kleine Umfrage" – so bezeichnet sie der BR

selber –, benannt wurden, ist jeder einer zu viel. Ich verweise deshalb noch einmal darauf, dass wir den Leitfaden für unser Schutzkonzept als Grundlage nehmen. Unser Ministerium und das IFP – Staatsinstitut für Frühpädagogik und Medienkompetenz – bieten Schulungen an, um die Kitas zu unterstützen. Vor allem aber geht es doch darum, dieses Konzept auch zu leben. Darum geht es doch. Es nützt mir nichts, ein Blatt Papier in der Schublade zu haben. Ich muss dieses Schutzkonzept auch leben. Dazu braucht es Unterstützung, die Sie von uns mit dem Leitfaden bekommen. Vor allen Dingen braucht es eine Kultur des Hinschauens, eine Kultur der Achtsamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Johannes Becher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, ich hätte drei Fragen zu Ihren Ausführungen.

Die erste Frage ist: Im BR-Bericht ist ja angesprochen worden, dass diverse Kitas kein Schutzkonzept haben. Mich interessiert: Haben Sie, hat das Sozialministerium denn einen Überblick über die tatsächliche Lage, wie viele Kitas in Bayern derzeit kein Schutzkonzept haben?

Die zweite Frage ist: Es wurde angeführt, dass manche Landratsämter die Frist 31.12. umsetzen. Vom Sozialministerium hieß es laut BR-Artikel, die Frist gebe es nicht. Meine Frage ist: Bis wann sollten denn, müssten denn aus Sicht des Sozialministeriums alle Kitas in Bayern ein Schutzkonzept vorlegen?

Die dritte Frage ist: Sie haben die Berichterstattung gestern auch wahrgenommen, Sie hat es mit Sicherheit auch persönlich betroffen. Was ist denn jetzt die Konsequenz, die unmittelbar vonseiten des Sozialministeriums daraus gezogen wird? Was sind denn die Erstmaßnahmen? Wie geht es jetzt weiter?

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Zu den Schutzkonzepten: Eines ist klar, wir reden hier von einer gesetzlichen Vorschrift, und ein Schutzkonzept ist wesentlicher Bestandteil für die Betriebserlaubnis. Im Rahmen unserer turnusmäßigen Dienstbesprechungen mit den Regierungen wurde Anfang des Jahres festgelegt, dass die Regierungen als oberste Fachaufsicht die Jugendämter anweisen und kontrollieren sowie dazu anregen, dass sie diese Schutzkonzepte bei den Kitas einfordern. Wir haben ihnen bis Ende des Jahres Zeit gegeben. Das Jahr ist noch nicht ganz verstrichen. Aber es wird selbstverständlich sehr zeitnah wieder eine Dienstbesprechung mit den Regierungen geben, um zu sehen, was tatsächlich der Status ist.

Noch mal zu den Vorfällen, zu den Verdachtsfällen, die hier aufgekommen sind: Jeder ist einer zu viel.

Herr Kollege Becher, natürlich spielt der Fachkräftemangel hier eine Rolle. Wie in allen Branchen gibt es auch in der Branche der Kinderbetreuung einen Fachkräftemangel. Aber jetzt wird es Zeit, dass wir alle zusammenhelfen, die Kommunen, die Träger, wir als Staatsregierung, diesen Beruf noch attraktiver zu machen, uns noch besser zu bemühen, dass wir Menschen in diesen wunderbaren Beruf der Erzieherinnen und Erzieher bekommen. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatsministerin Scharf. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/25682 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die FDP-Fraktion. Gegenstimmen! – CSU, FREIE WÄHLER, AfD sowie die Abgeordneten Klingen (fraktionslos) und Bayerbach (fraktionslos). Enthaltungen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

SPD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos) sowie der Abgeordnete Busch (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/25757 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU und die AfD sowie die Abgeordneten Plenk (fraktionslos), Klingen (fraktionslos), Bayerbach (fraktionslos) und Busch (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/25758 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU, AfD, Herr Klingen (fraktionslos) und Herr Bayerbach (fraktionslos). Enthaltungen! – Bei Enthaltung der FDP und des Abgeordneten Plenk (fraktionslos) sowie des Abgeordneten Busch (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/25759 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die übrigen Fraktionen sowie die Abgeordneten Plenk (fraktionslos), Klingen (fraktionslos) und Busch (fraktionslos). Enthaltungen! – Der Abgeordnete Bayerbach (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.